

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)

Änderungsantrag zu EP-F-01

Von Zeile 17 bis 21 löschen:

untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können. ~~Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir Hasskommentare im Internet EU-weit unter Strafe.~~ Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von Schleppern und Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein Einwanderungsgesetz,

Begründung

Das Strafrecht liegt nicht in der Kompetenz der Europäischen Union. Das zu ändern ist bislang auch nicht grüne Position und bedürfte deshalb einer längeren Debatte.

"Hasskommentare" sind sogenannte Meinungsdelikte, die zudem in den Mitgliedsstaaten der EU unterschiedlich definiert sind. Eine Harmonisierung könnte also Veränderungen hervorrufen, die wir möglicherweise gar nicht wollen. Aus diesen Gründen plädieren wir hier für eine Streichung des Satzes.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Retzlaff (Werra-Meißner KV); Sabine Bangert (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Lukasz Batruch (Berlin-Pankow KV); Konstantin von Notz (Herzogtum Lauenburg KV); Daniel Laps (Düsseldorf KV); Andrea Hillenbrand (Main-Taunus KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Malte Spitz (Unna KV); Slawomira Dewitz (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Wolfgang Höckh (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Ulrich B. Gensch (München KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Eimsbüttel KV); Wilko Zicht (Bremen-Ost KV); Anna Gallina (Hamburg-Eimsbüttel KV); Falk Schmidt-Tobler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV)